

Die AfD in Köln

Eine Partei am rechten Rand



Vorwort

Eine „Partei neuen Typs“ will sie sein, rechts der CDU stehend. Sie gibt sich bürgerlich, nennt sich selbst konservativ; tatsächlich avanciert die *Alternative für Deutschland* (AfD) jedoch gerade zum neuen parteipolitischen Brücken- und Sammlungsprojekt der gesamten Rechten in Deutschland. Bereits von ihrer Gründung an vereinte sie eine politische Spannbreite, die von ehemaligen CDU/CSU- und FDP-Mitgliedern zu Akteur*innen extrem rechter Parteien reicht. So erfreut sie sich der Unterstützung des europaskeptischen Nationalkonservatismus, des völkischen Nationalismus und der Teilen der sogenannten Neuen Rechten. Es ist auch diese strategische und programmatische Uneindeutigkeit, die ihren derzeitigen Erfolg begründet. Wie ein Chamäleon präsentiert sie sich in wechselnden Farbtönen des rechten Politspektrums. Gestartet als nationalliberales Elitenprojekt mit Anti-Euro-Fokus, ist sie inzwischen zum parteipolitischen Flaggschiff der rassistischen Bewegungen in Deutschland geworden. Durch ständige strategische (verbale) Tabubrüche versucht die Parteiführung den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland zunehmend nach rechts zu rücken. Die kodierten, oftmals bewusst zweideutig gehaltenen Äußerungen führender Funktionär*innen dienen auch dem Zweck, Personen des extrem rechten Lagers anzusprechen und in das spektrenübergreifende Parteiprojekt zu integrieren. Zugleich sorgt diese Strategie für eine gesellschaftliche Unsicherheit in der Frage des passenden Umgangs und der richtigen Einordnung dieser neuen Partei. Inzwischen gilt es als wahrscheinlich, dass die AfD sowohl bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2017 als auch bei der Bundestagswahl im September 2017 ihren derzeitigen Höhenflug fortsetzen kann und in die jeweiligen Parlamente einziehen wird. Grund genug die Partei und ihre Akteure in Köln einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Impressum

Herausgeber:
Jugendclub Courage Köln e.V.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers und der Fotograf*innen. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen.

Kontakt- und Bestelladresse:
Jugendclub Courage Köln e.V.
Sechszigstr. 73
50733 Köln
Tel.: 0221 520936

jc-courage@t-online.de
www.jc-courage.de

Gründung und Entwicklung einer extrem rechten Bewegungspartei

Die eigentliche Geschichte der Partei beginnt bereits vor ihrer Gründung. Den Grundstein für einen (der Begriff ist sehr unglücklich) parteipolitisch organisierten Rechtspopulismus legte der ehemalige SPD-Politiker und Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin mit seinem 2010 erschienenen Erfolgsbuch „Deutschland schafft sich ab“, das monatelang auf Platz eins der Bestsellerlisten stand. Hierin skizzierte Sarrazin ein Bedrohungsszenario des Untergangs Deutschlands durch eine wachsende Unterschicht, Geburtenrückgang und eine Zuwanderung aus vorrangig muslimischen Ländern - eben jene elitäre und rassistische Themenverschränkung, auf die sich später die *Alternative für Deutschland* erfolgreich berufen wird. Gegründet wurde die Partei schließlich im Februar 2013. Als zugkräftiges Mobilisierungsthema ihrer Anfangsphase erwies sich zunächst die Ablehnung der europäischen Rettungspolitik. Hierdurch konnte sie sich propagandistisch als einzige Anti-Euro-Alternative zu den Parteien des Bundestags inszenieren. Mit diesem Ein-Themen-Konzept scheiterte sie zwar im Herbst 2013 noch knapp am Einzug in den Bundestag, die 4,7% der Wähler*innenstimmen, die die AfD aus dem Stehgreif erhielt war dennoch bereits ein Warnsignal. Immerhin war die Partei erst wenige Monate zuvor gegründet worden. Schon bei der Europawahl wenige Monate später konnte sie ein Ergebnis von 7,1% einfahren und schickte fortan sieben Vertreter*innen ins Europäische Parlament nach Brüssel.

Während die Fokussierung auf die Europolitik die erste Phase bestimmte, war es die rassistische Mobilmachung von *Pegida*



seit Herbst 2014, die die zweite Welle des Aufstiegs der Partei begleitete. Beflügelt von den Wahlerfolgenden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewann der völkisch-nationalistische Teil zunehmend an Einfluss innerhalb des Parteiapparats und forcierte einen politisch-strategischen Richtungsstreit. Mit der Erfurter Resolution - initiiert vom völkisch-nationalistischen Flügel um Björn Höcke und André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt - wurde gar ein (ich würde Fremdwörter möglichst vermeiden)direkter Bezug zu den rassistischen Protesten auf der Straße gezogen. Die Unterzeichnenden der Resolution machen klar, dass sie die AfD als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit)“ sowie als „Widerstandsbewegung gegen die Aushöhlung [...] der Identität Deutschlands“ sehen. Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, Marcus Pretzell, blies in dasselbe Horn und sprach von dem Ziel, die AfD als „Pegida-Partei“ aufzustellen.

Strategie der Tabubrüche

Die parteiinternen Richtungskämpfe gipfelten bald im offenen Bruch mit dem wirtschaftsliberalen Flügel um den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke. Auf dem Essener Parteitag 2015 setzte sich gegen ihn eine breite Front aus nationalistischen und reaktionären Parteiströmungen durch, die Frauke Petry zur neuen Vorsitzenden kürten. Die Partei ist seitdem deutlich nach rechts gerückt. Ihr Kurs tendiert nun klar zum Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischer Prägung. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist die AfD der parteipolitische Anker für nationalistische und rassistische Protestbewegungen geworden. Die mediale Repräsentanz der AfD und der Druck der allmorgentlichen *Pegida*-Demonstrationen wirken dabei als „rechte Pressuregroup“ auf Politik und gesellschaftliche Debatten. Hierbei verfolgt die Parteiführung der AfD die Strategie durch kalkulierte (verbale) Tabubrüche eine Diskursverschiebung nach rechts einzuleiten und so den rassistischen Resonanzraum in der Gesellschaft zu erweitern. Während einige Beobachter*innen nach dem Bruch mit dem wirtschaftsnahen Lucke-Flügel der Partei ein baldiges Ende voraussagten, wirkten die anhaltende rassistische Mobilisierung auf der Straße sowie die rassistische Instrumentalisierung der Ereignisse rund um die Kölner Silvesternacht 2015 wie ein weiterer Katalysator für den Aufstieg der Partei. So erreichte sie bei allen fünf Landtagswahlen des Jahres 2016 zweistellige Ergebnisse. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wurde sie sogar zweitstärkste Kraft. Derzeit scheint sich die Partei bundesweit als drittstärkste Partei zu verfestigen – auch in Nordrhein-Westfalen kann sie mit einem zweistelligen Ergebnis rechnen.

Streit und Spaltung in NRW

Geschlossen geht der nordrhein-westfälische Landesverband dabei allerdings nicht in den Wahlkampf. Die innerparteilichen Flügel- und Richtungskämpfe sowie das machtpolitische Postengerangel sorgten schon bei der Aufstellung der Wahlliste für ein ungeheures Chaos. Nur denkbar knapp konnte sich der AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell als Spitzenkandidat gegen Thomas Röckelmann durchsetzen, einem nahezu unbekanntem, von der innerparteilichen Vereinigung *Patriotische Plattform* (und deren Sprecher Thomas Matzke aus St. Augustin bei Bonn) unterstützten Kandidaten. Dabei steht Pretzell selbst weit rechts. Als Abgeordneter im Europaparlament ist er Teil der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF) und kooperiert dort mit dem *Front National*, der FPÖ und anderen Parteien der europäischen extremen Rechten.

Das Bekanntwerden von geheimen Absprachen im Vorfeld der Listenaufstellung in Nordrhein-Westfalen und der Vorwurf auf Wahlmanipulation wirkten dabei wie Öl ins Feuer und heizten die Auseinandersetzungen im Landesverband noch zusätzlich an. In einer Kampfabstimmung sprach sich die Mehrheit der Delegierten wiederum gegen die Annahme der Kandidat*innenliste aus. Nur durch einen strategischen Kniff gelang es Pretzell sich zu retten und seine Liste durchzudrücken.

Positionen der AfD

Aus Sorge vor einer rufschädigenden Demaskierung bemüht sich die Parteispitze in Nordrhein-Westfalen darum, mit einem - nach AfD-Maßstäben - fast schon gemäßigt klingendem Programm und einer möglichst unangreifbaren Liste ohne zweifelhaftes Personal in den anstehenden Wahlkampf zu ziehen. Beharrlich versucht

sie ihre Verbindungen ins extrem rechte Lager zu kaschieren. Und doch finden sich auf der Landesliste einige ehemalige Funktionäre und Mitglieder rechtsextremer Parteien: Auf den vorderen Plätzen kandidieren beispielsweise zwei ehemalige Mitglieder der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO/*Schill-Partei*); unter ihnen gar der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei, Markus Wagner auf Listenplatz 4 (jetzt Vorsitzender der AfD Minden-Lübbecke). Um die AfD richtig charakterisieren und einordnen zu können, muss neben dem Aufzeigen von personellen Verbindungen ins rechtsextreme Lager und der kritischen Analyse parteioffizieller Verlautbarungen auch der Blick auf konkrete Äußerungen und Kommentare einzelner Funktionär*innen, Mitglieder und Anhänger*innen (v.a. bei Facebook & Twitter) gerichtet werden. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Partei. Eine Partei mit völkisch-nationalistischer und rassistischer Prägung, die ein rückwärtsgewandtes, reaktionäres Gesellschafts- und Politikbild vertritt.

Das schwierige Verhältnis der AfD zur Demokratie

Die AfD inszeniert sich gerne als demokratische Partei. Ihre Forderung nach Direkter Demokratie folgt jedoch einer verschwörungsideologischen Sichtweise, wonach es „eine kleine machtvolle politische Führungsgruppe“ gebe, die die Herrschaft gegen einen vermeintlich geeinten deutschen „Volkswillen“ ausübt. Die Mehrheit der Deutschen werde ihrer Ansicht nach von den Eliten politisch unterdrückt und könne deshalb ihre Wünsche

nicht verwirklichen. Insbesondere die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik ist ihr ein Dorn im Auge, weil sei besonders anfällig für „macht- und interessengetriebene Entscheidungen“ sei. Die liberal-pluralistischen Grundsätze der Demokratie werden von der AfD faktisch infrage gestellt, die verankerte Unabhängigkeit der Medien und der Gerichte ist für sie nachrangig. Gesellschaftliche Widersprüche und Meinungsvielfalt sollen durch einen geeinten Volkswillen zum Schweigen gebracht werden. Politisch Andersdenkende werden wahlweise als „rotgrün versifft“, „Antifanten“ oder „Rote SA“ beschimpft. Unliebsame Presseberichterstattung wird als „Lügenpresse“ diffamiert.

Die AfD ist rassistisch und nationalistisch

Wie in keinem anderen Themenfeld waren es ihr Nationalismus und ihre rassistischen Positionen in der Migrationspolitik, die der AfD ihre bisherigen Erfolge beschert hat. Ihre „Asyl-“ und „Islamkritik“ war dabei das zugkräftigste Mobilisierungsthema in den vergangenen Wahlkämpfen und darüber hinaus ein Konsensthema, hinter dem sich die verschiedenen Strömungen der Partei einigen konnten. In ihren Grundsätzen unterscheidet sich die Partei dabei kaum von denen anderer rechter bis rechtsextremer Parteien: Die Grundlage bildet die Idee der Nation und des Volks als biologischer und homogener Abstammungsgemeinschaft. Diese Gemeinschaft sieht sie durch die „Masseneinwanderung“ in ihrer Weiterexistenz bedroht. Dabei wird dieses

Sven Tritschler (*1982) war FDP-Mitglied und dort Bundesvorsitzender des nationalliberalen *Stresmann-Clubs* bevor er NRW-Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender der *Jungen Alternative* wurde. Er gilt als Vertreter des rechtslibertären Flügels der Partei, war Mitarbeiter von Marcus Pretzell im Europaparlament und ist derzeit Referent der EFN-Fraktion im Europaparlament. Dort arbeitet er intensiv an der Vernetzung der europäischen extremen Rechten. Regelmäßig postet er auf seinem Twitter-Account Fotos, die ihn mit Vertretern und Funktionären extrem rechter Parteien zeigen. Angela Merkel bezeichnete er als „bürgerlich geschminkte Prostituierte“ und den Islam nannte er eine „Steinzeitreligion, die millionenfach Elend und Tod über die Welt bringt.“



Szenario stets von rassistischen und völkischen Tönen begleitet. Nach Ansicht des AfD-Bezirksverbands Detmold entstehe durch den „immense[n] Zustrom integrationsunwilliger Migranten“ aus einem „uns völlig fremden Kulturkreis“ eine „elementare Bedrohung unserer deutschen Nation“ – ein Narrativ, das im rechten Jargon gerne „Umvolkung“ genannt wird. Diesem sei nur durch eine aktivierende Familienpolitik und eine rigorose Abschottungspolitik zu begegnen. In einem Ratsantrag forderte so auch der AfD-Stadtrat Roger Beckamp „angesichts der fortgesetzten Unwilligkeit der Bundesregierung, den anhaltenden Zustrom einwandernder Menschen zu stoppen.“ Die Stadt Köln solle fortan eigenmächtig handeln und einen „sofortigen Aufnahmestopp“ verhängen. Ihre rassistischen Motive werden dabei mit vermeintlich kulturalistischen Unvereinbarkeiten schlecht kaschiert. Dabei geht es meist um die Stellung des Islams. Die Botschaft im Grundsatzprogramm der AfD ist deutlich: Der Islam gehört nicht zu Deutschland – noch nicht mal zu Europa, weil „im Islam verwurzelte Vorstellungen wie z.B. der Dschihad, das Märtyrertum, das Verhalten gegenüber Ungläubigen und das Verhältnis von Mann und Frau, sich sehr von christlich europäischen Vorstellungen unterscheiden“, wie die AfD in Euskirchen auf ihrer Website schreibt. Besonders abscheulich und menschenverachtend sind in diesem Kontext auch mehrere Tweeds, die der Bundesvorsitzende der *Jungen Alternative*, Sven Tritschler aus Köln, in den Tagen nach dem Terroranschlag in Ansbach postete: Hinter jeder in einer Burka gekleideten Frau stecke eine islamistische Terroristin – so die Botschaft. Das Kleidungsstück diene dem Ziel, Bomben und Sprengstoff zu verstecken und zu transportieren.

Die AfD vertritt eine erzkonservative und antifeministische Familien- und Geschlechterpolitik

Die Familienpolitik der AfD ist vorrangig geprägt durch eine bevölkerungsbiologische Sichtweise. Im Zentrum steht dabei der demographische Wandel, dem durch die Förderung kinderreicher deutscher Familien begegnet werden soll. Geschlechterpolitisch heftig angegriffen wird ein „ideologischer Genderismus“, der aus Sicht der AfD automatisch zur Benachteiligung von Männern und Jungen führe. Stattdessen fordert die AfD in NRW die „Abschaffung der Stellen für Gleichstellungsbeauftragte“ sowie die „Aufhebung aller gesetzlichen ‚Quotenregelungen‘“ und will einen geschlechtergetrennten Unterricht an Schulen einführen und fördern. In diesem Themenfeld versucht sich immer wieder die stellvertretende Vorsitzende der AfD in Köln, Iris Dworek-Danielowski, zu profilieren - sie ist, auf Platz 10, die erste Frau überhaupt bei der Wahlliste der AfD in Nordrhein-Westfalen. Dabei vertritt die gelernte Heilpraktikerin und Versicherungsmitarbeiterin aus Köln-Ehrenfeld – genau wie die Gesamtpartei – ein deutlich rückwärts-gewandtes Familien- und Frauenbild. Sie wendet sich „gegen Quote und gegen Gendermainstreaming“ und bezeichnet es als „völligen Irrsinn“, Frauen für „Elektrotechnik und Informatik zu begeistern“. Verschwörungstheoretisch argumentiert sie, dies sei Strategie eines „ideologischen Verblendungsapparates“. Vielmehr sei es die natürliche Rolle der Frau in der Gesellschaft zuhause zu bleiben, Kinder zu gebären und diese zu erziehen. Das sei ihre wichtigste Aufgabe für „unser Land, für unsere Volkswirtschaft und auch für das Glück der Menschen“. Und so ist es auch kein Wunder, dass sie gegen das individuelle Recht der Frau auf Abtreibung vorgehen will.

Die marktradikale Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD

Die AfD inszeniert sich gerne als „Partei der kleinen Leute“. Tatsächlich vertritt sie jedoch eine Wirtschaftspolitik, die einseitig die Interessen der Arbeitgeber, Unternehmen und der Vermögenden bedient. Nach dem Prinzip des marktradikalen Neoliberalismus will sie staatliche Tätigkeiten auf ein Minimum reduzieren. Viele öffentlichen Aufgaben sollen privatisiert und wichtige Regularien abgebaut werden. Statt auf sozialstaatliche Prinzipien setzt sie auf die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz. Das bedeutet, wer auf eine öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Unterstützung angewiesen ist, hat das Nachsehen. Wer nicht auf eigene Kosten selbst vorsorgt, fällt ins Nichts. Statt der Einführung einer Vermögenssteuer will sie die Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen. Auch die Gewerbesteuer soll drastisch gesenkt werden. Die Reichen wird es freuen, aber den öffentlichen Haushalten und Kommunen fehlt das Geld. Generell folgt die Wirtschafts- und



Auf Listenplatz 2 der Wahlliste für die nordrhein-westfälische Landtagswahl kandidiert der 1975 geborene Rechtsanwalt und Immobilienökonom **Roger Beckamp** (*1975) aus Köln. Beckamp war Gründungsvorsitzender der AfD in Köln und ist seit 2013 Vorsitzender der AfD im Rat der Stadt Köln. Beruflich hat er sich auf Immobilien-, Miet- und Baurecht spezialisiert und betreibt eine Anwaltskanzlei am Hohenzollernring. Bis vor Kurzem war er Hauptgesellschafter der *Hinrich Verwaltungsgesellschaft*, die sich auf die Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen spezialisiert hat. Nach Auskunft seiner Website war er zudem als Lehrbeauftragter der *Hochschule Fresenius* in Köln und von 2015 bis 2017 als Referent für Bau- und Architektenrecht beim *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* in Bonn tätig. Er engagiert sich zudem als Rechnungsprüfer im Förder- und Inhaberverein des neurechten Kulturmagazins *TUMULT – Vierteljahresszeitung für Konsensstörung* aus Dresden, das geistig in der Tradition der *Konservativen Revolution* steht.

Sozialpolitik der AfD dem Credo: Steuergeschenke für die Vermögenden und Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Die Folgen sind absehbar: Entlassungen im öffentlichen Dienst, schlechtere öffentliche Leistungen und noch mehr soziale Kälte

Eine wichtige Funktion in der Entwicklung und Propagierung dieser marktradikalen Forderungen nehmen parteinahe Interessens- und Think-Tanks ein. In Köln gab es anfangs enge Verbindungen zur radikal-libertären Bewegung der *Sons of Libertas*, die allerdings seit einiger Zeit nicht mehr aktiv zu sein scheint. Stattdessen sammeln sich Mitglieder der AfD und JA nun in der *Friedrich-von-Hayek-Gesellschaft*, deren Kölner Ableger von den JA-Funktionären Carlo Clemens und Mikro Wilde geleitet wird. Regelmäßig treffen sich die Anhänger dieses elitären Debatterclubs zu Abendvorträgen semi-prominenter Redner der marktradikalen und libertären Szene in Deutschland.

Der AfD-Kreisverband in Köln

Die offizielle Gründungsversammlung des AfD-Kreisverbands Köln fand im Mai 2013 in der alten Versteigerungshalle in Köln-Radeberg statt. Die etwa 60 Anwesenden wählten dort den 37-jährigen Rechtsanwalt Roger Beckamp zum ersten Vorsitzenden (genannt „Sprecher“). Seitdem wird der Stadtverband Köln überwiegend von ein und demselben Führungszirkel geleitet – bestehend überwiegend aus Rechtsanwältinnen, Unternehmensberatern und Architekten. Im jährlichen Turnus wechselten sich dabei die drei AfD-Fraktionmitglieder

im Kölner Stadtrat als Kreisvorsitzende ab. Auf Beckamp folgte 2014 sein Fraktionskollege Jochen Haug. Dieser wiederum wurde ein Jahr später vom dritten AfD-Stadtrat im Bunde, Hendrik Rottmann aus Köln-Porz, abgelöst, der im selben Jahr als Oberbürgermeisterkandidat antrat. In den Fokus der breiteren Öffentlichkeit geriet der Soldat, als bekannt wurde, dass er für den Geheimdienst der Bundeswehr, MAD, arbeitete.

Schon bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 machten 3,5% der Wähler*innen in Köln ihr Kreuz bei der AfD – das entsprach zwar deutlich weniger als das Gesamtergebnis (4,7%), bedeutete aber immerhin den Zuspruch von 18000 Wähler*innen in Köln. Der tatsächliche Aufbau der Parteistrukturen, maßgeblich vorangetrieben durch die Gründung zahlreicher Ortsverbände, begann erst im Anschluss daran. Dennoch gelang es der Kölner AfD bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 nicht, ihr Ergebnis zu steigern. Die 3,6% reichten aber trotzdem für den Einzug in den Stadtrat in Fraktionsstärke (3 Mandate) sowie in sieben von neun Bezirksvertretungen. Die Hälfte ihrer Stimme bekam die Partei aus dem Lager der Nichtwähler*innen. Besonders stark schnitt sie in Gebieten ab mit „einem höheren Anteil älterer Bewohner und einem leicht höheren Durchschnittseinkommen“ – ihr bestes Ergebnis holte sie in Porz, gefolgt von Vingst Neubrück und Teilen von Chorweiler (Esch, Lindweiler, Blumenberg).



Bereits im Alter von 19 Jahren war **Roland Quinten** (*1979) Mitglied in der Jugendorganisation des rechtspopulistischen *Bundes freier Bürger* (BfB) und fungierte als stellvertretender Landesvorsitzender im Saarland. Die Partei gilt heute sowohl programmatisch als auch personell als Vorläuferpartei der AfD und wurde zeitweise vom Verfassungsschutz beobachtet. Nach einem Studium in Freiburg und Kiel zog Quinten nach Köln. Er gehörte bereits 2013 dem ersten Kreisvorstand an und initiierte die Gründung des Ortsverbands Rodenkirchen. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden im Oktober 2016 kündigte er die Entwicklung eines Strategiekonzepts für die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlkämpfe an. Dabei sollte die „Präsenz auf den Straßen“ eine zentrale Rolle spielen. Hoherfreut über die Wahl seines „konservativ-patriotischen Parteikollegen“ zeigte sich AfD-Rechtsaußen Thomas Matzke, Sprecher der *Patriotischen Plattform* in NRW.

Austritte und Rechtsruck

Die innerparteilichen Gräben innerhalb des NRW-Landesverbandes sowie der Streit um die politisch-strategische Ausrichtung der Partei, die auf dem Essener Parteitag 2015 ihren vorläufigen Höhepunkt fand, zieht sich auch durch den Kölner Kreisverband. Zahlreiche Mitglieder traten in der Folge des offenen Rechtsrucks aus der Partei aus. Einige von ihnen folgten Bernd Lucke in seine neue Partei, die sich heute Liberal-Konservative Reformer (LKR) nennt. Von ihren sieben Bezirksratsmandaten verlor sie fünf und ist aktuell nur noch in Kalk und Porz mit je einer Person vertreten (Ludwig Eierhoff, Wilhelm Geraedts). Wegen des anhaltenden Antisemitismus in der Partei kündigte zudem im Januar 2017 auch der Fraktionsgeschäftsführer und kulturpolitische Sprecher der AfD Köln seine Mitgliedschaft. Auf der einen Seite steht die AfD-Fraktion im Rat, der Frauke Petry und Marcus Pretzell nahesteht – auf der anderen Seite eine zunehmende Zahl an Mitgliedern die mit den Positionen der *Patriotischen Plattform* und des völkischen *Flügels* liebäugeln. Dass die Unterstützung des Pretzell/Petry-Flügels auch innerhalb des Kölner Kreisverbands der AfD zunehmend schwindet, davon zeugt auch die Wahl Roland Quintens zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbands im Oktober 2016. Denn Quinten zählt klar zur nationalkonservativen Strömung der Partei.

Inkompetenz und Provokationen im Stadtrat

Die Arbeit der AfD im Stadtrat und den Bezirksräten zeichnet sich vor allem durch kommunalpolitische Inkompetenz aus: Die organisatorischen Schwächen und personellen Verwerfungen spiegeln sich auch in den kommunalpolitischen Aktivitäten der Partei im Stadtrat und den Bezirksvertretungen wieder. Hier scheint die AfD bislang kaum an konkreten sachpolitischen Fragen interessiert zu sein. Die ohnehin wenigen Anträge, Anfragen und Wortbeiträge, die von AfD-Mandatsträgern (ausschließlich Männer!) eingebracht werden, orientieren sich vielmehr an den Schlagworten und Versatzstücken des rechtspopulistischen Standardrepertoires der Partei und sollen in erster Linie (vorurteilsgeladene ?) vorurteilsgeladene Botschaften transportieren. Hauptangriffspunkt ist dabei in vielen Fällen die Flüchtlingspolitik der Stadt Köln. In einem Antrag vom Februar 2016 forderte die AfD den Rat der Stadt dazu auf keine Geflüchteten mehr aufzunehmen, selbst wenn diese von der dafür zuständigen Behörde der Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen werden. Die Stadt solle einen „sofortigen Aufnahmestopp“ verhängen, verlangte der Fraktionsvorsitzender Roger Beckamp.

Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus

Die Aktivitäten der AfD in Köln beschränken sich v.a. auf die Organisation von wenigen Infoabenden und parteiinternen

Stammtischen. Zu einem solchen Stammtisch im August 2016 lud die AfD Nippes den wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU-Fraktion ausgeschlossenen Martin Hohmann ein. Sein Vortrag in Nippes galt dem Thema „Der deutsche Schuldkomplex – Auswirkungen auf die Politik der Altparteien“ und beinhaltete zweifelhafte Ausführungen zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, die deutsche Schuld an Holocaust und Kriegsverbrechen zu relativieren. Immer wieder verwendete er die in der extremen Rechten geläufigen Begriffe wie „Siegerjustiz“ und „Schuldskult“. Dieser sei in Deutschland eine „zivile Ersatzreligion“, die die Meinungsfreiheit bedrohe – eine verklausulierte Kritik des Straftatbestands der Holocaustleugnung? Unter großen Applaus der Anwesenden ließ er seine Rede mit dem Ausspruch enden: „Die Wahrheit wird uns frei machen, hoffentlich auch von Angela Merkel.“ Inhaltlich hat sich die AfD in Köln mit dieser Veranstaltung in einen Zusammenhang mit den geschichtspolitischen Vorstößen der extremen Rechten gestellt.

Seitdem mit Roland Quinten ein dezidierter Vertreter des Rechtsaußen-Flügels die Führung über den AfD-Kreisverband übernommen hat, schlägt dieser deutlich rechtere Töne an. Ein mit „Deutschland Erwache“ überschriebener Tweet des AfD-Fraktionsmitglied Hendrik Rottmann macht dabei in eindrücklicher Weise deutlich, wessen Geistes' Kind große Teile der AfD sind. Die Losung war einst Teil des Fahnenkults der *Sturmabteilung* (SA) wie sich die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP nannte. Die Verwendung der Parole verstößt heute gegen § 86 StGB und stellt damit eine Straftat dar. In dieselbe Kerbe schlägt auch ein anderer Tweet des Kreisverbands der AfD, der als Reaktion auf die Kritik an den empörenden Äußerungen Björn Höckes anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus verstanden werden kann. Unter der Überschrift „Den Toten



Hendrik Rottmann
@HendrikRottmann

OMG.

Deutschland erwache...

#btw17
#ltw17
#zeitfürveränderung
#AfD



12:04 AM · 29 Jan. 17

zur Ehr, den Lebenden zu Mahnung“ postete sie dort Bilder eines „Gedenkmarsches für die Opfer der oberschlesischen Tragödie“ der revisionistischen *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* zum ehemaligen Internierungslager Zgoda der Roten Armee in Świątuchłowice/Polen. Die Stoßrichtung hierbei ist klar: Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und Verleugnung der deutschen Verantwortung für den Holocaust. Wie bereits bei die Rede Hohmanns in Nippes gezeigt hat – betreibt die AfD damit eine klassische Täter/Opfer Umkehr, die in extrem rechten, geschichtsrevisionistischen Kreisen gängige Praxis ist.

Die Junge Alternative in Köln

Innerhalb der Parteistrukturen kommt ihrer Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) eine Radikalisierungsfunktion zu. Sie präsentiert sich einerseits als eine die Mutterpartei unterstützende Parteijugend, gibt sich aber andererseits rebellisch und unangepasst. Immer wieder fordert sie die AfD-Parteispitze durch radikale Positionierungen heraus und wirkt so als „Pressuregroup“ nach Rechts. Mediale Öffentlichkeit erlangte die JA bisher durch provokante Flyermotive, antifeministische Kampagnen, Veranstaltungen mit Mitgliedern rechtspopulistischer Parteien oder durch Affinität zum Milieu rechter Burschenschaften. Solche Verbindungen ins burschenschaftliche Milieu gibt es auch in Köln seit Beginn an: Die Adresse der Sängerschaft Leopoldina Breslau zu Köln fungierte bereits als Kontaktadresse zur Gründung. Mit ihren etwa 80 Mitglieder ist die JA in Köln eine der Hochburgen der *Jungen Alternative* in NRW und eine wichtige Stütze des AfD-Parteiapparats, den sie in Köln bei Infoständen und Werbeaktionen unterstützt. Geführt wird der Verband von



Vorsitzender der *Jungen Alternative* (JA) in Köln ist **Carlo Clemens** (*1989). Seit 2008 schrieb er regelmäßig für das neurechte Jugendmagazin *Blaue Narzisse* aus Chemnitz, das fester Bestandteil des jungkonservativen Netzwerkes in Deutschland ist. Auch für die *Junge Freiheit* steuerte er mehrere Artikel bei. Für einen davon gewann er 2009 den Jungautorenwettbewerb der Zeitung. Im selben Jahr nahm er an einer Aktion der maßgeblich von Götz Kubitschek initiierten *Konservativ-Subversiven-Aktion* in Frankfurt teil, die als deutsche Vorgängerorganisation der *Identitären Bewegung* gilt. Erste Erfahrungen in der konkreten Parteipolitik sammelte er mit einem Praktikum in der Fraktion der rechtspopulistischen *Freien Wähler* in Frankfurt. Anschließend zog er nach Köln, um dort ein Lehramtsstudium der Fächer Germanistik und Geschichte zu beginnen. In einem 2011, auf dem rechten Blog *Die Pickelhaube* erschienenen, Interview bezieht er sich positiv auf die Ideen der rechtsextremen *Konservativen Revolution* der Weimarer Republik und zählt die beiden neurechten Ideologen, Armin Mohler und Karl-Heinz Weißmann, zu seinen „Lieblingsvordenkern“. Er ist im Vorstand der AfD Köln, Referent ihrer Ratsfraktionen in Köln und Aachen sowie Leiter des Kölner *Hayek-Clubs*.

Carlo Clemens, der ideologisch zur Neuen Rechten gehört und sich selbst in die Tradition der Konservativen Revolution setzt, einer extrem rechten Strömung der Weimarer Republik, die als geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gilt. Aus Köln kommt auch der aktuelle Landes- und Bundesvorsitzende der *Jungen Alternativen*, Sven Tritschler. Dieser ist aktuell Referent bei der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* im Europaparlament und arbeitet dort intensiv an der Vernetzung der europäischen extremen Rechten. Immer wieder postet er Bilder, die ihn mit prominenten Funktionären extrem rechter Parteien in Europa zeigen. Dabei scheut er nicht davor zurück, sich auch mit verurteilten Straftätern wie Mario Borghesio von der Lega Nord ablichten zu lassen. In seiner Funktion als Landesvorsitzender lud er zudem im März 2014 gegen den Willen der damaligen AfD-Führung um Bernd Lucke den umstrittenen Rechtspopulisten und Chef

der britischen *UK Independence Party* (UKIP), Nigel Farage, nach Köln zu einer Veranstaltung ins Maritim Hotel ein. Eine deutliche Kampfansage und klare Positionsbestimmung, dass er den Schriftsteller Akif Pirinçci nach dessen rassistischer und menschenverachtenden Rede beim *Pegida*-Jahrestag 2015 in Dresden zu einer Veranstaltung nach Nordrhein-Westfalen holen wollte. Tritschler und sein Landesverband solidarisierten sich nach dessen skandalösen Auftritt öffentlich mit dem Schriftsteller und riefen zu einem Boykott von Amazon auf, als dort kurzzeitig Pirinçcis Bücher aus dem Angebot genommen wurden.

Die Mitglieder der *Jungen Alternative* in Köln treffen sich regelmäßig zu Stammtischen und veranstalten Ausflüge ins Kölner Umland. Dabei verfolgen die Wanderungen, Fußballturniere und Weihnachtsmarktbesuche neben der Vernetzung und des Austauschs auch den Zweck der gemeinschaftlichen Sinnstiftung. Die Stammtische in verschiedenen Brauhäusern und Gaststätten in Köln werden dabei meist von Vorträgen umrahmt. Häufig geht es hier um finanzpolitische Fragestellungen. Kein Wunder angesichts der personellen Verflechtungen zum bereits erwähnten Kölner *Hayek-Clubs*, der von Carlo Clemens und Mirko Wilde von der *Jungen Alternative* geleitet

wird. Ihre provokanten Aktionsformen ähneln dabei mitunter denen der völkisch-rechtsextremen *Identitären Bewegung*. Im Juli 2016 fiel die JA durch eine besonders abstoßende Aktion auf. Etwa 20 Mitglieder zogen teilweise verumumt mit Burka und Gesichtsmasken über die Hohe Straße. Dabei trugen sie Schilder mit Aufschriften wie „Allahu Akbar“, „Kein Terrorist ist illegal“ oder „Sharia statt Grundgesetz“. Eine Aktion, die an die dunkelsten Zeiten des Kölner Karnevals während des Nationalsozialismus erinnert, in der als Juden kostümierte Karnevalisten mit antisemitischen Karikaturen durch die Stadt zogen.



...was zu tun ist:

Informiert sein

Um der AfD argumentativ zu begegnen, sollten ihre Forderungen und Strategien bekannt sein. So können ideologische Verkürzungen, widersprüchliche Positionen und drohende Konsequenzen ihrer Politik deutlich gemacht werden. Auch das Wissen um personelle Strukturen und Netzwerke der AfD ist hilfreich hinsichtlich ihrer Verortung im Parteienspektrum.

Rechter Hetze widersprechen

Rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Im Wahlkampf wird die AfD mit Infoständen präsent sein. Ignoriere sie nicht, sondern äußere deinen Protest. Sprich außerdem die Leute an, die sich dort aufhalten, und informiere sie darüber, um welche Partei es sich handelt und welche menschenverachtende Ideologie sich dahinter verbirgt.

Der AfD keine Bühne bieten

Vertreter*innen der AfD sollte niemals eine Bühne geboten werden. Auch nicht, wenn es das Ziel ist, die Partei „zu entlarven“. Dies würde dazu führen, dass es nur um die AfD geht, aber nicht um Sachthemen. Viele Vertreter*innen der AfD sind geschult im Umgang mit Kritik. Unterschätze dies nicht. Generell ist es kontraproduktiv, sich an der AfD abzuarbeiten.

Das Hausrecht gebrauchen und Regeln durchsetzen

Kein Gastwirt muss seine Räume an rechte Hetzer vermieten. Sollte es dennoch einmal versehentlich geschehen sein, kann es auch hilfreich sein, vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen an anderen Orten ist es möglich, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung nach § 6 VersG

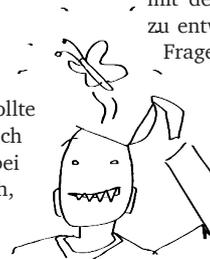
von der Teilnahme auszuschließen. Teilnehmende, welche die Veranstaltung durch rassistische Äußerungen „gröblich stören“, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.

Gemeinsam gegen die AfD

Organisiert euch! Gemeinsam macht der Protest mehr Spaß und ist wahrnehmbarer. Das kann mit Freund*innen und Kolleg*innen sein oder in größeren Zusammenhängen. In Köln gibt es mehrere antifaschistische und antirassistische Initiativen, Gruppen und Bündnisse, denen ihr euch anschließen könnt. Bei der Kampagne **Kein Veedel für Rassismus** (keinveedelfuerrassismus.de) kannst du dich in Stadteilgruppen vernetzen, um mit anderen Menschen aus deinem Veedel deinen Widerspruch zu koordinieren.

Eine soziale und solidarische Alternative schaffen

Wir können gegen die Bedrohung durch Rechts nur erfolgreich sein, wenn wir der marktradikalen, nationalistischen und rechtspopulistischen Politik der AfD unsere Ideen einer offenen und solidarischen Gesellschaft entgegensetzen. Wichtig ist, unsere eigenen Positionen und Haltungen zu reflektieren und gemeinsam mit denen, die vom Hass am meisten betroffen sind, Perspektiven zu entwickeln und Bündnisse zu schmieden. Wir müssen die soziale Frage offensiv beantworten und für soziale Gerechtigkeit, offene Grenzen, bezahlbaren Wohnraum, Bildung und bedingungslose Grundsicherung für alle eintreten. Wir müssen für eine Welt kämpfen, in der kein Platz ist für Rassismus und Nationalismus.



Jugendclub Courage Köln e.V.